

# Volks-Zeitung

## Traurige Steuerhältnisse

berichten in den verfassungsfreien Mecklenburg. Man erstrebt, so schreibt man uns von dort, die Schweriner Regierung eine Reform der bestehenden Steuergesetzgebung an. Sie hat sie für den diesmal in Malchin tagenden Landtag bereits vor einiger Zeit angekündigt in der sich ereignenden Voraussicht, daß sie auch von der Reichsregierung gebilligt werde. Warum auch nicht? Die Reichsregierung ist ja nach alter Gepflogenheit die „caputa“ (händiger Ausdruck für die Lebensdrüsen der Vorlagen) sonst gemeinam find? Diesmal fehlt jedoch die Lebensentwässerung, denn die Schweriner Regierung hat die Steuerreform nicht mit aufgeschoben, sondern sie hat sie für den Landtag in Malchin angekündigt. Die dortige Regierung appelliert durch das Wort „caputa“ an das Gewissen der Reichsregierung und macht ihr klar, daß die Steuergebung verfassungsmäßig einseitig sein müsse. Sie wolle das Unterlassen noch schnell nachholen, damit der bevorstehende gemeinam Landtag zu der Steuerreform Stellung nehmen könne.

Die Reichsregierung scheint die Steuerreform nicht für besonders notwendig zu halten. Bei ihr sind die Finanzen allerdings nach feindlichen Angriffen „geordnet“, während der einmündige Millionen Mark verschuldeten Schweriner Mecklenburg durch die Steuern der Gesamtbevölkerung aufgelassen werden soll. Daher die scheinbar betriebene „Reform“. Die Steuern sind nachgerade sehr drückend geworden, da sie seit der vorigen Regierung unter Friedrich Franz III. trotz dem Friedrich Franz II. die Mecklenburg in besten Zustände hinterlassen hatte, sich um das Doppelte erhöht haben. Wie das kam, das gehört zu ein anderes Blatt. Eine Steuerreform ist in Mecklenburg sehr vonnöten und zwar durch Gutachten in der Verfassungsmäßigkeit nicht zahlreichen Bürgermehres und zur Stärkeren Belastung der achtundert Rittersgutsbesitzer mit ihren 1020 städtischen Gütern, deren Grundsteuer noch nach der Abschaffung von 150 Mark jährlich betragen wird, und die damals schon für notwendig befunden wurde, daß sie in der Bevölkerung gerechte Entlastung erzeuge.

Man wird ja allmählich erfahren, nach welchem Schema die „Steuerreform“ zurechtgebeichtet ist.

## Dem preussischen Kultusminister

Herrn v. Trost zu Solz wird zu viel Kritik gemacht. Das liegt alle Leute, denen die öffentliche Meinung aus irgendwelchen Gründen auf die Nerven fällt.

Wie sagte doch demgegenüber ein Mann, der lange Jahre durch seinen überragenden Geist das preussische Kultusministerium beherrschte, hat und der schließlich einen unglücklicheren politischen Blick hatte als Herr v. Trost zu Solz — wir meinen Althoff. In seinen in einem konservativen, Herrn v. Trost zu Solz also ebenfalls höchst gesinnungsverwandten Werke erschienenen „Mündereien mit Friedrich Althoff“, dem ihrerseits allmächtigen Direktor im Kultusministerium, teilte Ad. Zimmermann auch folgenden Ausspruch mit:

„In der Kritik der Behörden ist die Presse oft viel zu milde und nachsichtig. Wie oft wartet unersättlich und verächtlich auf ihr Geschehen, wenn die Einheiten geradezu banal schreit und doch aus den Mänteln selbst heraus die Initiative zur Abstellung eines Unlugs oder der umfänglichen Preis eines Kollegen aus allerlei Gründen nicht zu erwarten ist. An dem savanter in modo können Sie ja auch gegenüber ruhig schalten.“

Dann schrieb damals der gleichfalls konservative „Äußerer“: „Was sagen Sie vielen dazu, die einen gleich als „Bögelein“ bezeichnen, wenn man zu den Maßnahmen der hohen Behörden nicht alles überauswert findet, oder die wenigstens den gegebenen Aufschub wegen der Behörde nicht für sich selbst für den einzig gangbaren halten? Was sagen auch jene Geisteskollegen dazu, die so gerne die Kritik der Presse als Verleumdung anlegen?“

Ein Minister, dem die Kritik unbehaglich ist, wird es sich um so mehr gefallen lassen müssen, daß man im Sinne Althoffs sein Heißt mit besonderer kritischer Schärfe behandelt.

## Gehe Reaktionen

und die Herr Nationalliberalen im Wahlkreis Altona-Nielsen-Schleswig. In Altona-Schleswig hielt sie ihren Kreis-Parteitag ab, auf dem die beiden Landtagsabgeordneten Syndikus Ulrich und Geheimrat Saarman mit Vorträgen paradierten. Der Herr Geheimrat ließ sich dabei nicht nehmen, das Reichstagswahlrecht als das „angelegentlich freieste aller Wahlrechte“ in den Augen der Völkern herbeizuholen. Das er mit den konservativen „Bündnisse“ und den schaffenen Kampf gegen die Sozialdemokratie, ist eigentlich selbstverständlich, interessanter ist vielleicht, daß Herr Saarman am Ende das Zentrum der fortschrittlichen Partei noch vorzugsweise schenkt. Nach Herrn Saarman sind die Beziehungen seiner Partei zum Zentrum die alten, nicht gerade freundschaftlichen, die aber doch ein Zusammengehen auf neutralem Gebiete nicht ausschließen. Mit dem Fortschritt herbeizuholen war hier die Lebensentwässerung, in anderen Fragen, bei denen es sich um den Schutz nationaler, sei welcher Interessen handelt, verlagte der Fortschritt, — auch in verfassungsfreien Fragen ist auf eine politische Mitarbeit des Fortschritts nicht zu zählen. — Nimmt man zu dieser recht deutlichen Abgabe hinzu, daß man auf nationaler Seite dabei ist, ein eigenes Parteifunktionariat für den Kreis zu errichten, so will es fast eigenartig, als solle das Bündnis zwischen Fortschrittlichen und Nationalliberalen, das bisher im Kreise bestand, und dem die Wahl des Abgeordneten Müller zu danken war, in die Zukunft gehen.

Die reiche politische Tätigkeit wird zuerst von den verschiedenen Parteien im Kreise entfaltet. Die Demokraten veranstalten in

## Kurze Chronik.

Die Reichsverleihungs-Kommission begibt heute die erste Sitzung. Es wird eine Pause bis zum 10. November gemacht.

Infolge der Obstruktion im mährischen Landtag hielt der Landtag eine Nachsitzung ab, die nach 13 1/2 stündiger Dauer heute früh um 6 1/2 Uhr ihr Ende erreichte.

In South Shields wurde bei der gestrigen Eröffnung zum englischen Unterhaus der Liberale Mr. B. mit 7929 Stimmen gegen den Unionisten Baughan gewählt, der mit 4910 Stimmen unterlag.

Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß der Tod des Admirals Reis, des Organisations der Reichsregierung portugiesischen Revolution, auf Selbstmord mittels einer Schußwaffe zurückzuführen ist.

In Caracas (Venezuela) sind zwei neue Verhältnisse festgestellt worden. Die Kirchen und die Schulen wurden geschlossen.

• Näheres im Text des Blattes.

den letzten Tagen Versammlungen in Hohenheim, Eidenheid, Mettenberg, Zerbst, Nordrath, es schloßen sich solche in Meinerode und Halber an; der demokratische Kandidat N. S. Witt hat sich so bereits einem guten Teil seiner Wähler vorgestellt. Der fortschrittliche Abgeordnete Müller spricht in diesen Tagen in Westfa und Herford. Die Sozialdemokraten protestieren in Mettenberg, Eidenheid, Herford und anderswo gegen die Absicht, Reichstagswahlen. Der christlich-sozialen Parteiführer Witt ist mittelmäßig einer Zeit durch die Erde des Reiches. Man sieht, wie die kommenden Wahlen ihren Schatten schon vorauswerfen und so geistreichen Anregungen anspornen.

## Das Ende des Malkahn-Becker-Prozesses.

Eine überraschende Wendung hat der Verleumdungsprozess des Landrats von Grimmen, Freiherrn v. Malkahn, gegen den Rittergutsbesitzer Becker auf Wartmannshagen genommen. Auf gerichtliche Anordnung ist, wie ein Privattelegramm meldet, die Fortsetzung der Verhandlung, die für morgen früh anberaumt war, ausgesetzt.

Wie wir hören, ist auch dem Angeklagten diese kurze Zeit freigegeben. Wie weitere Angaben von Grimmen zugehen.

Da Herr Rittergutsbesitzer Becker gesundheitlich sich so weit erholt hatte, daß er sich morgen früh zur Fortsetzung der Verhandlungen dem Gericht in Greifswald wieder zur Verfügung stellen wollte, und da auch von seinen Verteidigern keine entsprechenden Anträge gestellt sind, kann man die Gründe dieser gerichtlichen Anordnung zunächst nicht nachprüfen. Die Aussetzung der Verhandlung ist unter anderem ein Beweis dafür, daß die „Wendung des Prozesses“ überhaupt. Denn, wie bekannt, dürfen Strafprozesse nicht länger als vier Tage ausgesetzt werden.

## „3 3“ als Wahlhindernis.

Vor dem Berliner Oberverwaltungsgericht findet heute die Verhandlung in einem interessanten Wahlprotest statt, der sich gegen die in November vorigen Jahres durchgeführten Wahlen zur zweiten Abteilung der Stadtverordnetenversammlung inachen richtete.

Als damals die Wahlen im höchsten Grade waren, erließen plötzlich „3 3“ am Sonntag und brachte eine Unterbrechung des Wahlverfahrens. Die der Wahlprotest an den Oberverwaltungsgericht wie folgt schildert:

„Am letzten Wahltag gegen 12 Uhr mittags hat im Wahllokal im Verwaltungsgebäude des Rathauses, wo die Wählergruppe B wählte, die Wahl stattgefunden. Beim Herannahen des Lichtschiffes „3 3“ verließen der Wahlvorstand und sämtliche Beisitzer und sonstigen Beteiligten das Wahllokal, um das Lichtschiff zu sehen, so daß sich tatsächlich niemand im Wahllokal befand. Es war dies geschehen genau zur Mittagszeit, in welcher Stunde erfahrungsgemäß die Wähler in größerer Zahl sich einzufinden pflegen. Es und wieder Wähler sich gerade in dieser über eine Viertelstunde lang dauernden Unterbrechung des Wahlverfahrens gefunden und sich, als niemand anwesend war, wieder entfernt haben, ist unumgänglich festzustellen, weil eben niemand anwesend war. Es mögen nicht wenige Wähler, als sie das Wahllokal verlassen, fortgegangen sein, um dann selbst das Lichtschiff zu sehen, und nachher seine Zeit mehr gefunden haben, wiederzukommen. Es ist ferner bemerkt, daß, als nach dieser günstigen Abwesenheit oder Abfertigung die Herren sich zum Teil wieder eingefunden hatten und mehrere anwesende Wähler ihr Wahlrecht wegen Abwesenheit des Wahlvorstandes nicht ausüben konnten, der Vertreter des Oberbürgermeisters wußte nicht, und der Sekretär ausgehört wurde, ihn herbeizuholen. Auch dies verurteilte eine längere Unterbrechung, und es ist leicht möglich, daß wegen des dadurch verursachten Unfortschritts verschiedene Wähler auch zu diesem Zeitpunkt noch ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, indem sie nicht länger warten wollten und sich entfernten.“

Im dem Wahlprotest werden schließlich noch einige andere Verformungen beanstandet.

Der Bezirksaussschuß hat diesen Protest stattgegeben und die Wahlen der Stadtverordneten, die der Zentrumspartei angehörien, für ungültig erklärt. Bei diesem Bescheide berührte sich aber nicht die Stadtverordnetenversammlung. Sie beschloß in ihrer Sitzung vom 12. März dieses Jahres, die Anberaumung der nächsten Verhandlung vor dem Bezirksaussschuß zu beantragen und zu der Verhandlung einen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung zu entsenden. Es wurde gerügt, daß eine Nachprüfung der Verhandlung, ohne die vorgemerkte Wahlunterbrechung sei eine Veränderung des Wahlergebnisses zu erwarten gewesen, nicht stattgefunden habe. Die mündliche Verhandlung brachte aber für die Beklagten, die

Stadtverordnetenversammlung, kein anderes Resultat. Der Bezirksaussschuß entschied, daß die Wahlen für ungültig zu erklären seien. In dem Urteil wurde zum Ausdruck gebracht, daß in den Unterbrechungen des Wahlverfahrens ein Grund für die absolute Ungültigkeit der Wahlen zu erblicken sei, also ein Grund, der die Wahlen ungültig macht auch ohne Rücksicht darauf, ob dadurch das tatsächliche Ergebnis der Wahlen beeinflusst worden ist oder nicht.

Nunmehr ergriff die verlegte Stadtverordnetenversammlung das letzte Rechtsmittel und beantragte die Aufhebung des Oberverwaltungsgerichts.

In die beiden Rechtsanwälte Dr. Fischer-Kaasen und Dr. Gatz-Berlin nicht mit Sicherheit den für die Aufhebung wichtigsten Tag der Verhandlung des Bezirksaussschusses angeben konnten, wurde die Verhandlung zur weiteren Verwirklichung auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Das Duell in der Jungfernhöhe.

Zu dem Pistolenduell, das gestern früh in der Jungfernhöhe stattfand, erfahren wir, daß dieses Duell nur das erste von vier Duellen ist, die in diesen Tagen ausgefochten werden sollen. Es handelt sich um eine Reihe politischer und persönlicher Differenzen, die zwischen mehreren Politikern und hohen Militärs entstanden sein soll. Unter anderem stehen sich auch ein General, der zugleich Landtagsabgeordneter ist, und ein Rittergutsbesitzer und Landrat gegenüber. Gerüchtesweise verlautet auch, daß es sich hier um ein Differenz handele, die mit dem Motiv für das Duell in Zusammenhang stehen, in das der Vater des Reichstagsrittergutsbesitzer v. Bethmann-Hollweg jüngst verwickelt war.

Die Unterbrechung über das getrigge Duell wird mit aller Heiligkeit geführt. Die beiden Soldaten, die Anzeiger von dem Duell in der Jungfernhöhe ermittelten, sollen heute über das, was sie von dem Duell gesehen haben, von der Polizei in Pöfchenbe Kommissariat vernommen werden. Die Militärbehörde untersagte jedoch diese Vernehmung und verbot den Soldaten, über ihre Beobachtungen etwas auszusagen, da die Unterbrechung der Angelegenheit von militärischer Seite erfolgen werde. Das beweist die schon gefasste ausgeprochene Vermutung, daß es sich bei den Duellanten um Offiziere in Zivil handelte.

## Ein Intermezzo.

Der Kaiser in Rom.

Der Kaiser hat auf der Rückreise von Brüssel heute morgen der Stadt Rom einen unangemeldeten Besuch abgestattet. Ein Privattelegramm meldet uns:

Entgegen dem festgesetzten Plane, die Rückreise von Brüssel über Aachen-Arsfeld zu nehmen, erließen der Hofpaar mit dem Kaiserpaar und der Prinzessin Viktoria Luise plötzlich heute morgen nach 7 Uhr im Kölner Hauptbahnhof. Die Herrschaften entließen den Zug und begaben sich zu Fuß in die Domkirche, umgeben von Sanktionen von Arbeitern und Handwerkern, die um jene Zeit zu ihrer Arbeitstätte eilten. Bald waren die Domtürme und der Domplatz von einer dichtgedrängten Menschenmenge besetzt, ohne daß es bei den wenigen der Vollzähndienst versehenen Beamten zu irgendwelchen Störungen gekommen wäre. Ebenso lang und langsam, wie es gekommen, verließ das Kaiserpaar mit der Prinzessin die Stadt, nachdem es einen Rundgang durch die weiten Hallen der Domkirche gemacht und aus einiger Entfernung die neue Dombrücke mit dem Kaiserstandbild des Kaisers in Augenschein genommen hatte. Kurz vor 8 Uhr dampfte der Hofzug aus dem Kölner Hauptbahnhof.

Die Polizisten aller Grade können daraus lernen, daß es auch ohne Abperrung geht!

Graf Sennar Wostschakoff in Paris? Französische Blätter vernehmen das interessante Gerücht, daß Graf Sennar, der Gatte der früheren österreichischen Kronprinzessin Stephanie, auf den Posten des österreichisch-ungarischen Botschafters in Paris berufen werden sollte. Die Wiener „Neue Fre Presse“ läßt sich dazu in Paris melden, daß diese Nachricht gewiss unwahr sei. Auch im französischen Ministerium des Auseren ist von dieser Ernennung, die für ganz unwahrscheinlich gehalten werde, nichts bekannt.

88 Mandate und 285 Kandidaten. Heute finden in ganz Kroatien die Landtagswahlen statt. Wie aus Zagreb berichtet wird, ist der Wahlkampf überaus heftig. Um die 88 kroatischen Wahlbezirke bewerben sich insgesamt 285 Kandidaten. Zehn Parteien stehen einander im Wahlkampf gegenüber. Einmündige Wähler werden nur in drei Bezirken erwartet; in den meisten Bezirken befehlen sich vier bis fünf Kandidaten.

Stolypin rechte Hand. Ein Privattelegramm aus Petersburg meldet uns: Der Premierminister Stolypin hat seit zwei Tagen einen heftigen rheumatischen Anfall, der den Gebrauch der rechten Hand erschwert. Der Minister des Auswärtigen Sazonow reist heute von Petersburg ab, um bei der Zusammenkunft in Potsdam zugegen zu sein. — Und da sagen die Offiziere noch, der Besuch des Jaren in Potsdam trage nur einen familiären Charakter!

Ein Melindiebstahl. Ein Telegramm aus Paris meldet uns: Zwischen den Bahnhöfen Vernon und Nantes wurden aus plombierten Kagen, die 800 Kilogramm an Metall enthielten, bedeutende Mengen davon entwendet. Man berichtet, daß der Diebstahl von ehemaligen Arbeitern verübt wurde, die sich des Diebstahls zu Selbstzwecken bedienen wollen. Die Behörden ordneten strenge Überwachung der Eisenbahnlinie Nantes-Vernon an. Auch immer laufen aus der Provinz Meldungen über Sabotagefälle ein. So wurden in Beauvais zwei Wegweiser auf die Schienen gelegt, in Alencon ein Telegraphenposten zerstört.

England und Frankreich vor dem Kaiser Schiedsgericht. Aus London wird gemeldet: Der Staatssekretär des Auswärtigen Ozeil und der französische Botschafter Cambon haben gestern ein Abkommen unterzeichnet, durch das die Angelegenheit des in diesen